



Wolfgang Gaiser und Johann de Rijke

Junges politisches Engagement in Europa

Eine Analyse repräsentativer europaweiter Umfragen

politik für europa
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

politik für europa #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autoren dieser Ausgabe

Dr. Wolfgang Gaiser ist Soziologe und langjähriger Experte für europäische Partizipationsforschung am Deutschen Jugendinstitut in München (DJI).

Johann de Rijke ist Soziologe und langjähriger DJI-Forscher für Jugend und Politik.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Dr. Michael Bröning, Referatsleiter Internationale Politikanalyse.

Redaktion: Arne Schildberg, Referent für Europapolitik,

Redaktionsassistentin: Sabine Dörfler

INHALT

3	1. EINLEITUNG
3	2. EUROPA HEUTE – BEWERTUNGEN UND ASPEKTE VON LEBENSLAGEN
5	3. PARTIZIPATION UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN JUNGER MENSCHEN IN DER EU
5	3.1 Interesse an Politik
6	3.2 Aktivität in Organisationen
8	3.3 Beteiligung an Wahlen
9	3.4 Politische Partizipation
11	3.5 Vertrauen in Institutionen
13	4. ZUSAMMENFASSENDES, TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN
14	Literatur
14	Daten

IN KÜRZE

- Die Einstellungen zu Europa sind zwiespältig. Während in den meisten Länder Nord- und Westeuropas ein deutlich positives Selbstverständnis (Ausnahmen: Vereinigtes Königreich und Frankreich) vorherrscht, ist in südeuropäischen Staaten wie Italien und Griechenland eher Skepsis verbreitet. In Osteuropa hingegen ist ein europäisches Selbstverständnis stärker vertreten.
- Von den 16- bis 30-Jährigen äußert mehr als die Hälfte die Befürchtung, in ihrem Land durch die Krise ausgegrenzt und vom wirtschaftlichen und sozialen Leben ausgeschlossen zu werden. Junge Menschen mit Migrationshintergrund, mit geringer Bildung oder gesundheitlichen Problemen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe derjenigen zu gehören, die sich weder in Arbeit noch in Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen befinden. Sieben von zehn betrachten dennoch die Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union in einer globalisierten Welt als Stärke. Über zwei Fünftel sehen die EU auch als persönliche Perspektive für Bildung und Arbeit.
- Soziale und politische Teilnahme junger Menschen in Organisationen ist in Nord- und Westeuropa stark verbreitet, weniger in Südeuropa oder den osteuropäischen Staaten. Aktiv bei unkonventionellen Formen politischer Partizipation sind junge Menschen am stärksten in südeuropäischen Staaten, vor allem in Spanien und Italien, aber auch in Nord- und Westeuropa; in den osteuropäischen Staaten ist das Aktivitätsniveau auch hier deutlich geringer.
- Grundsätzlich vertrauen junge Menschen rechtsstaatlichen Institutionen am meisten, weniger politischen Institutionen. In nordeuropäischen Staaten wird politischen Institutionen deutlich stärker vertraut als in den anderen europäischen Staaten. Dem EU-Parlament wird zumeist mehr Vertrauen entgegengebracht als den politischen Institutionen der jeweiligen Staaten, weniger jedoch als den rechtsstaatlichen Institutionen. Das trifft klar auch in den osteuropäischen Staaten zu.
- Zur Stärkung des politischen Engagements junger Menschen bedarf es auf der gesellschaftlichen Ebene einer demokratischen politischen Kultur, einer institutionalisierten Partizipation auf Ebene der Organisationen und biographischer Erfahrungen durch Anerkennung und Selbstwirksamkeit auf subjektiver Ebene. Um die Beteiligung aller jungen Menschen an sozialen und politischen Aktivitäten zu sichern, sollten bei der politischen Entscheidungsfindung auch neue Formen der Offline- und Online-Partizipation etabliert werden. Als Strukturelement geht es darum, die Kapazitäten der Jugendarbeit zu stärken, die als Foren der Interessenartikulation und als Integrationskräfte wirken können. Europäische, nationale, regionale und lokale Ressourcen sollten hierzu in einen Prozess der Koproduktion von Sozialkapital gebracht werden.

1. EINLEITUNG

Im Folgenden wird ein Blick auf die politische und soziale Beteiligung junger Menschen in den EU-Staaten geworfen. Es werden dabei europaweite Daten aus EU-Umfragen in den Staaten verwendet. Dabei werden die Variabilität zwischen den Staaten und die partiellen Homogenitäten bezüglich mehrerer vergleichbarer Staaten sichtbar gemacht. Ziel des Beitrags ist es, ein differenziertes Bild auf die Vielfalt von Jugend in Europa hinsichtlich einer Reihe von Aspekten sozialer und politischer Partizipation zu zeichnen. Der Beitrag wird zunächst Bewertungen und Aspekte im Hinblick auf Einstellungen und Lebenslagen in Europa heute skizzieren, dann die Differenziertheit von Partizipation darstellen und abschließend einige mögliche Folgerungen benennen.

2. EUROPA HEUTE – BEWERTUNGEN UND ASPEKTE VON LEBENSLAGEN

Im folgenden Abschnitt wird einleitend kurz Europa im Blick seiner Gesamtbevölkerung skizziert. Anschließend werden spezifische Einstellungen der Jugend zu Europa dargestellt. Dann wird auf das Problem Jugendarbeitslosigkeit als zentrale Steuerungsgröße von wirtschaftlicher Teilhabe und sozialer Integration eingegangen. Wie sich Europa im Bild nationaler und übernationaler Institutionen darstellt, kann mit Daten der FES-Jugendstudie 2015 gezeigt werden.

DIE EU IM BLICK DER EUROPÄISCHEN BEVÖLKERUNG

Während sich das Bild der Europäerinnen von der EU (vgl. Eurobarometer 84, 2015) im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 als vorwiegend positiv erwies, ist es Ende 2015 eher gespalten: 37 Prozent der Europäerinnen assoziieren ein positives Bild mit der EU (–4 Prozentpunkte seit Frühjahr 2015), während 38 Prozent ein neutrales Bild von ihr haben (unverändert). Der Anteil der Europäerinnen, die ein negatives Bild mit der EU verbinden, ist auf 23 Prozent gestiegen (+4), nachdem er bei den vier vorangegangenen Befragungen kontinuierlich zurückgegangen war. Der Anteil der Befragten mit einem positiven Bild ging in 24 Mitgliedstaaten zurück, was sich in Estland (36 Prozent, –13 Prozentpunkte), in Deutschland (34 Prozent, –11) und in der Tschechischen Republik (27 Prozent, –10) am deutlichsten zeigte.

Insgesamt hat das Vertrauen in die Europäische Union seit dem Frühjahr 2015 abgenommen (32 Prozent, –8 Prozentpunkte). Dabei vertrauen allerdings weiterhin etwas mehr Befragte der EU als den nationalen politischen Institutionen. Auch das Vertrauen in die beiden abgefragten nationalen Institutionen geht im Vergleich zum Frühjahr 2015 zurück, die Verluste fallen jedoch im Vergleich zum Vertrauensrückgang in die EU geringer aus: 28 Prozent der Europäerinnen geben an, ihrem nationalen Parlament (eher) zu vertrauen (–3). 27 Prozent sagen dies über ihre nationale Regierung (–4). Gleichzeitig nimmt der Anteil der EU-Bürgerinnen zu, die der EU eher nicht vertrauen (55 Prozent, +9 Prozentpunkte). Auch im Hinblick auf die nationalen Parlamente (64 Prozent, +2) und die nationalen Regierungen (66 Prozent,

+3) steigt der Anteil derjenigen, die diesen »eher nicht vertrauen« – wenn auch in geringerem Maße. Der Anteil der Europäerinnen, die davon ausgehen, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, liegt im Herbst 2015 bei 39 Prozent (–3 Prozentpunkte seit dem Frühjahr 2015). Mehr als die Hälfte der Europäerinnen glaubt nicht, dass ihre Stimme in der EU von Bedeutung ist (54 Prozent, +4).

Insgesamt scheint sich abzuzeichnen: Der Aufwärtstrend der Unterstützung der EU besteht nicht mehr. Inzwischen haben mehr Befragte ein neutrales denn ein positives Bild von der EU. Das Vertrauen in die EU ist zurückgegangen, obwohl es weiterhin größer ist als das Vertrauen der Befragten in die nationalen Parlamente und Regierungen, das seit Frühjahr 2015 ebenfalls gesunken ist. Nur vier von zehn Europäerinnen haben den Eindruck, dass ihre Stimme in der EU zählt. Dennoch fühlen sich etwa zwei Drittel von ihnen als Bürgerinnen und Bürger der EU. Dabei sind die meisten Länder in Nord- und Westeuropa überdurchschnittlich EU-orientiert eingestellt. Niedriger sind die Werte im Vereinigten Königreich und auch in Frankreich; eher skeptisch sind die Einstellungen in den südlichen Ländern Italien und Griechenland. In Osteuropa hingegen wird Europa, dem Selbstverständnis der Bürger nach, positiver gesehen (Scheuer 2016: 458f).

Sucht man nun bündelnd Begrifflichkeiten, die diese Einstellungen und Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich »ihres« Europas und seinen Institutionen zusammenfassen, so legt sich nahe: Verbundenheit und Skepsis, Zwiespältigkeit und Ambivalenz.

Wie aber sind die Einschätzungen der nachwachsenden Generation von Europa?

EINSTELLUNGEN DER JUGEND ZU EUROPA

Im Auftrag des Europäischen Parlaments erfolgte im April 2014 in den 28 Mitgliedstaaten eine Umfrage bezüglich der Einstellung der 16- bis 30-Jährigen zur Jugendarbeitslosigkeit, digitalen Revolution, Zukunft der EU, Nachhaltigkeit und den europäischen Werten (vgl. European Youth in 2014). Mehr als die Hälfte der Befragten (57 Prozent) äußerte die Befürchtung, dass sie in ihrem Land durch die Krise ausgegrenzt und vom wirtschaftlichen und sozialen Leben ausgeschlossen würden. Den meisten aber schien die Einbindung in die Europäische Union positive Perspektiven zu bieten: Sieben von zehn jungen Europäerinnen betrachten die Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union in einer globalisierten Welt eher als Stärke. Die EU wird von 43 Prozent auch als persönliche Perspektive betrachtet. Sie möchten in einem anderen EU-Land arbeiten, studieren oder eine Ausbildung machen. Etwa ein Viertel der Befragten (26 Prozent) fühlt sich aber eher gezwungen, in einem anderen EU-Land zu studieren oder zu arbeiten. Dies hängt wohl damit zusammen, dass knapp die Hälfte (45 Prozent) die »landeseigenen« Berufs-, Schul- und Hochschulausbildungsmöglichkeiten negativ beurteilen.

Was die öffentliche und politische Teilhabe in Europa angeht, erscheint den Befragten die Stimmabgabe bei Europawahlen als die beste Möglichkeit, am öffentlichen Leben in der EU teilzunehmen (44 Prozent). 23 Prozent sehen wirkungsvolle Partizipationsmöglichkeiten in Verbänden und

Nichtregierungsorganisationen sowie in der Teilnahme an Debatten mittels Internet und sozialer Medien, gefolgt von der Teilnahme an Demonstrationen (22 Prozent). Auch wenn das Internet und die sozialen Netzwerke intensiv genutzt werden, besteht doch über deren Bedeutung für die Demokratie eine geteilte Meinung: 46 Prozent sehen soziale Netzwerke als Fortschritt für die Demokratie, während 41 Prozent denken, dass sie ein Risiko darstellen können. Große Erwartungen richten sich an die Umsetzung demokratischer Werte in Europa. Nach Ansicht der jungen Europäerinnen und Europäer sollte das Europäische Parlament vordringlich die Menschenrechte (51 Prozent), die Redefreiheit (41 Prozent) und die Gleichstellung von Mann und Frau (40 Prozent) verteidigen.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT – UNTERSCHIEDLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR HERANWACHSENDE IN EUROPA

Ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit in Europa kann die Unterschiedlichkeit der sozialen Lage von jungen Menschen verdeutlichen. Dieses Problem wird von der Öffentlichkeit und der Politik angesichts der Themen Flucht und Zuwanderung, Schulden, Finanzen, Eurostabilität, Zusammenwachsen, Vertiefung oder Erweiterung oft in den Hintergrund gedrängt, obwohl manchmal von einer »verlorenen Generation« gesprochen wird, vor allem bezogen auf die südlichen europäischen Länder. Aus den offiziellen Daten (von Eurostat, vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016) wird klar, dass vor allem in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, die von der Finanz- und Wirtschaftskrise am stärksten betroffen sind, die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit sehr gravierend sind. Griechenland weist eine Jugenderwerbslosenquote von 48 Prozent auf (als Anteil der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen an den dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Jugendlichen der gleichen Altersgruppe), in Spanien beträgt sie 45 Prozent. Auch in vielen östlichen EU-Ländern liegt das Niveau jugendlicher Arbeitslosigkeit über 20 Prozent.

Die Länder Westmitteleuropas sind vergleichsweise geringer vom Problem der Jugendarbeitslosigkeit betroffen: In Deutschland, den Niederlanden und Österreich liegen die Werte bei ca. 10 Prozent, allerdings liegt der Wert für Frankreich mit 26 Prozent mehr als doppelt so hoch wie etwa in den Niederlanden oder Österreich, gegenüber Deutschland ist er sogar mehr als dreimal so hoch.

Es sind jedoch zwei Indices zur Jugendarbeitslosigkeit zu unterscheiden. Üblicherweise wird die *Erwerbslosenquote* angegeben. Sie wird durch den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen gemessen, das sind die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen (erwerbslos ist, wer nicht erwerbstätig ist, aber Arbeit suchend und somit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht). Dies erlaubt allerdings keine Aussage über den Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an allen Jugendlichen einer bestimmten Altersgruppe. Denn die Jugendlichen, die nicht zu den Erwerbspersonen zählen, also die Nichterwerbspersonen – Schüler und Schülerinnen, Studierende oder Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen – gehen in die Arbeitslosenquote nicht mit ein. Dieser Anteil ist aber in der Regel hoch, z. B. lag er 2014 in den meisten europäischen Ländern über 40 Prozent, darüber hinaus variierte

er erheblich zwischen diesen Ländern (Wieck/Baethge 2015). Der *Erwerbslosenanteil*, also der Anteil der Erwerbslosen an der im Vergleich stehenden Altersgruppe insgesamt, ist somit deutlich geringer als die Erwerbslosenquote. Bei der Rede über Arbeitslosigkeit muss demnach zwischen diesen beiden Indices unterschieden werden.

BEWERTUNG DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN IN DER FES-JUGENDSTUDIE 2015

In der FES-Jugendstudie 2015 wurde auch das Vertrauen gegenüber einer Vielfalt von Institutionen, Organisationen und Vereinigungen auf unterschiedlichen nationalen, europäischen und globalen Ebenen thematisiert. Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 6 (sehr großes Vertrauen) jeweils das Maß ihres Vertrauens benennen. Als Ergebnis zeigte sich, dass das Vertrauen gegenüber der Europäischen Union auf dem nahezu gleichen Niveau liegt (3,7) wie gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag (3,8) und den Gewerkschaften (3,9). Dabei ist allerdings sowohl für die deutsche als auch für die europäische Ebene die Höhe des Vertrauens nicht sehr groß, liegt dennoch deutlich höher als gegenüber Parteien (3,3), Kirchen (3,2) und Großkonzernen (2,6), aber klar niedriger als gegenüber Gerichten und Polizei (5,0) sowie Bürgerinitiativen und NGOs (4,0).



Betrachtet man das EU-Vertrauen nach Einflussfaktoren, so spielen regionale Unterschiede (westliche/östliche Bundesländer) keine Rolle. Männliche Befragte sind leicht skeptischer, ebenso solche mit Migrationshintergrund. Ein höheres Bildungsniveau verbindet sich mit größerem Vertrauen.

3. PARTIZIPATION UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN JUNGER MENSCHEN IN DER EU

Im Folgenden werden einige Aspekte politischen Engagements und politischer Einstellungen dargestellt. Datengrundlage sind einige der letzten Eurobarometer-Umfragen zu jungen Menschen (in Form der Flash Eurobarometer) im Alter von 15 bis 30 Jahren sowie die Studie des European Social Survey (ESS) von 2012 (vgl. Anmerkung zu den Daten).

Die Strukturierung der Länder in den Darstellungen soll nicht die häufig übliche Gestalt entweder alphabetischer Ordnung der Staaten oder einer Rangfolge der betrachteten Daten haben, sondern sich an systematische Überlegungen aus der Europaforschung anlehnen. Üblicherweise wird zwischen EU-Ländern vor der Südosterweiterung von 2004 und 2007, den 15 Ländern bis zu dieser Zäsur also, und den zwölf Ländern der Osterweiterung unterschieden. Die EU-Erweiterung durch Länder des ehemaligen Ostblocks sowie den kleineren Staaten Malta und Zypern enthält Staaten mit unterschiedlichen kulturellen und nationalen Hintergründen. Die Staaten der EU vor 2004 lassen sich durch das Merkmal räumlicher Nähe und damit zusammenhängender kultureller Ähnlichkeiten gruppieren, wie es Gabriel und Völkl (2008) getan haben (ähnlich auch Kohl 2013). In einem Bericht über Ergebnisse aus dem European Social Survey von 2012 über Einstellungen zu und Bewertung von Demokratie in Europa folgen die Autoren (Ferrin/Kriesi 2014) einem einfachen Modell von vier unterschiedlichen geographischen Gebieten: Länder aus westeuropäischen, nordeuropäischen, südeuropäischen und zentralosteuropäischen Regionen werden dabei zusammengefasst. Und auch im Datenreport von 2016 wird die hier zugrunde gelegte Gruppierung verwendet (Scheuer 2016). Somit werden Ländergruppen folgendermaßen bestimmt:

- Nordeuropa: Dänemark, Finnland, Schweden;
- Westeuropa: Vereinigtes Königreich, Irland;
- Westmitteleuropa: Deutschland, Frankreich, die Benelux-Länder Belgien, Luxemburg und die Niederlande, sowie Österreich;
- Südeuropa: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, sowie Malta und Zypern;
- Osteuropa: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei, Slowenien, sowie Rumänien und Bulgarien und seit 2013 Kroatien.

Im Weiteren werden die folgenden Themen mit entsprechenden Ergebnissen aus den Studien dargestellt: politisches Interesse, Aktivität in sozialen und politischen Organisationen, Beteiligung an politischen Wahlen, Partizipation in unkonventionellen Formen, Vertrauen in politische Institutionen.

3.1 INTERESSE AN POLITIK

Das Interesse an Politik ist ein zentraler Indikator politischer Orientierungen. Es stellt einen wesentlichen Faktor für politisches (und auch soziales, wie Analysen zeigen können) Engagement dar und ist daher zur Förderung von solchem

Grafik 3.1
Politisches Interesse, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)



Frage: »Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie ...« (Vorgaben: sehr interessiert, ziemlich interessiert (für die Grafik zusammengefasst, Prozentwert), wenig interessiert, oder überhaupt nicht interessiert?)

Quelle: European Social Survey, Rd. 6, 2012.

Engagement etwa in Form von politischer Bildung von großer Bedeutung. Zudem bildet politisches Interesse die motivationale Basis für politische Hinwendung und subjektive politische Involvierung. In der Grafik 3.1 sind die Antwortkategorien »sehr interessiert« und »ziemlich interessiert« aus dem ESS 2012 dargestellt.

Es zeigt sich, dass ein deutlich höheres Politikinteresse in den Ländern Nordeuropas sowie im westmitteleuropäischen Gebiet in Deutschland und den Niederlanden zu finden ist. In Westeuropa und den Ländern Südeuropas findet man eher durchschnittliche Werte. In den osteuropäischen Staaten gibt es hingegen kein einheitliches Ergebnis. Zu beobachten ist einerseits in einigen ein geringes politisches Interesse bei jungen Menschen, in anderen (Polen und Bulgarien) liegen die Werte in der Größenordnung der südeuropäischen oder westeuropäischen Staaten.

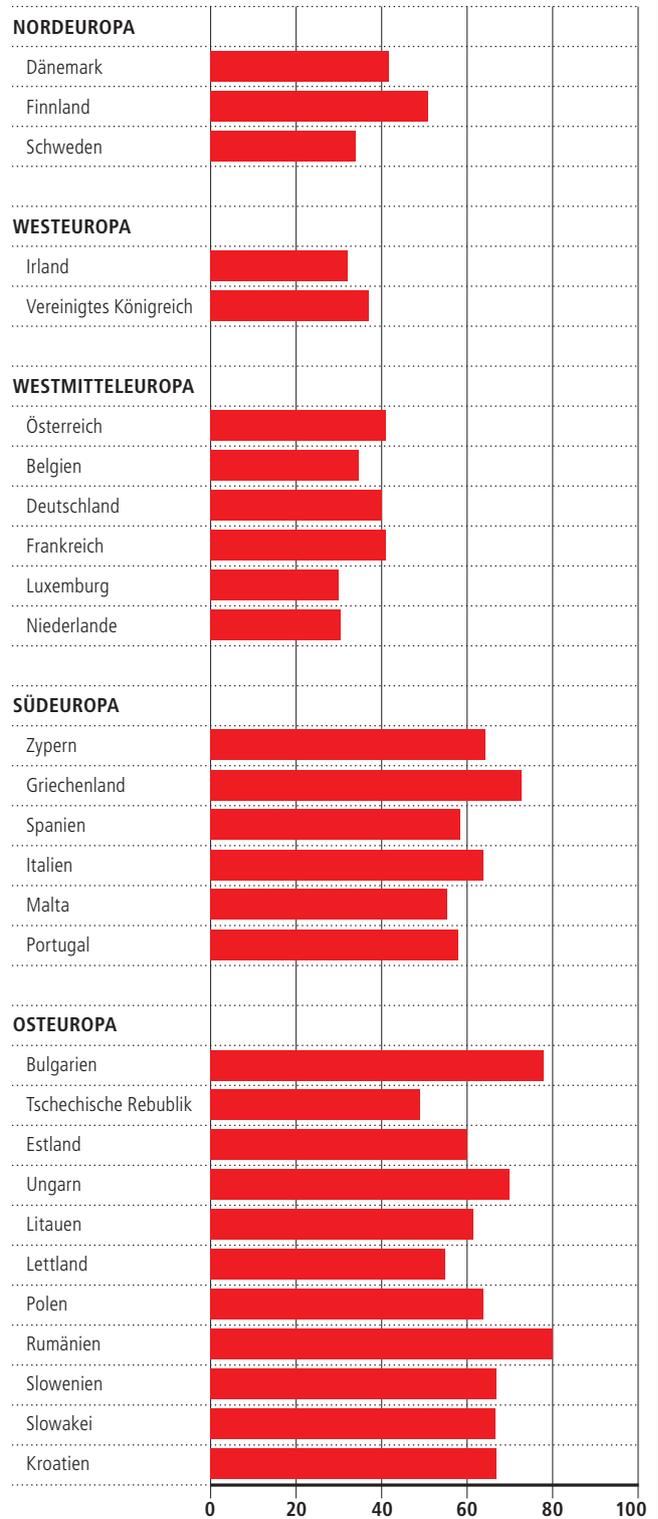
3.2 AKTIVITÄT IN ORGANISATIONEN

Aktivität in Organisationen, Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden gelten als zentrale Kennzeichen sozialer Integration. Sie gehen über die sozialen Verbundenheiten von Familie, Nachbarschaft und Freunden hinaus und bieten für Jugendliche und junge Erwachsene Möglichkeiten der Interessenrealisierung, Kommunikation, Identitätsentwicklung und sozialen Vernetzung. Von Robert David Putnam wurde zudem betont, dass das Engagement in Vereinen und Verbänden als wichtige Voraussetzung zur Ausbildung demokratischer Werte und Tugenden dienen kann wie auch zur Förderung politischen Engagements insgesamt (Putnam 1993). Empirische Ergebnisse bei jungen Menschen konnten diese wichtige und interessante These, insbesondere, wenn sie sich auf verschiedene Länder der EU beziehen, nur partiell bestätigen (vgl. de Rijke 2009) bzw. keinen relevanten Effekt feststellen. Anhand der Daten des Flash Eurobarometers 408 von 2015 soll eine Übersicht über das Engagement in Organisationen in den EU-Ländern gegeben werden.

Auf die Frage: »Haben Sie in den letzten 12 Monaten bei Aktivitäten in folgenden Organisationen teilgenommen?« wurden acht Organisationsformen vorgegeben: Sportverein, Jugendverein oder -verband oder Freizeitverein, kulturelle Organisation, lokale Organisation mit dem Ziel der Verbesserung der lokalen Gemeinschaft, Vereinigung zur Förderung von Menschenrechten oder der globalen Entwicklung, politische Organisation oder politische Partei, Umwelt- oder Klimaschutzorganisation, sonstige Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

In der Grafik 3.2 sind die Anteile der Jugendlichen je EU-Staat abgetragen, die in keiner der genannten Organisationen an Aktivitäten teilgenommen haben. Je höher diese Werte sind, desto geringer ist in den entsprechenden Ländern die Rolle von Vereinen oder Organisationen zur sozialen Integration. Relativ gering sind danach die Anteile der Nichtaktiven in den nordeuropäischen Staaten und den mitteleuropäischen sowie westmitteleuropäischen Ländern. In den anderen beiden Gruppen, den südeuropäischen sowie den osteuropäischen Staaten sind die Werte hingegen deutlich größer. Interessant dabei ist, dass diese beiden Gruppen auch eine starke Homogenität aufweisen (wie auch, tendenziell,

Grafik 3.2
Anteil der Nichtteilnahme in Organisationsaktivitäten, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)



Frage: »Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten an irgendwelchen Aktivitäten folgender Organisationen teilgenommen? An Aktivitäten ...«
 Vorgaben: s. Tabelle 3.1.
 An keinen Aktivitäten teilgenommen – Anteile in Grafik 3.2.
 An Aktivitäten in mindestens einer der betreffenden Organisationen teilgenommen – Anteile in Tabelle 3.1.

Quelle: Flash Eurobarometer 408, 2015

Tabelle 3.1

Aktivität in Organisationen, 15- bis 30-Jährige
(in Prozent)

	Aktiv in zivilgesell. Organisat.	Aktiv in polit. Organisat.
NORDEUROPA		
Dänemark	46	33
Finnland	37	25
Schweden	56	34
WESTEUROPA		
Irland	55	41
Vereinigtes Königreich	54	31
WESTMITTEUROPA		
Österreich	48	27
Belgien	59	27
Deutschland	49	26
Frankreich	53	18
Luxemburg	63	31
Niederlande	61	30
SÜDEUROPA		
Zypern	23	17
Griechenland	21	13
Spanien	32	22
Italien	29	20
Malta	37	19
Portugal	32	24
OSTEUROPA		
Bulgarien	15	11
Tschechische Republik	44	24
Estland	32	14
Ungarn	22	15
Litauen	29	18
Lettland	39	19
Polen	27	17
Rumänien	13	10
Slowenien	40	19
Slowakei	23	15
Kroatien	23	14

Frage: »Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten an irgendwelchen Aktivitäten folgender Organisationen teilgenommen? An Aktivitäten ...«

Vorgaben: Sportclub, Jugend- oder Freizeitclub oder irgendeine andere Jugendorganisation, kulturelle Organisation (in der Tabelle: zivilgesellschaftliche Organisationen), politische Organisation oder politische Partei, lokale Organisation, die auf Verbesserung in Ihrer Gemeinde ausgerichtet ist, Organisation, die im Bereich des Klimawandels bzw. von Umweltthemen aktiv ist, Organisation zur Förderung von Menschenrechten oder der globalen Entwicklung, irgendeine andere Nichtregierungsorganisation (in der Tabelle: politische Organisationen).

An keinen Aktivitäten teilgenommen – Anteile in Grafik 3.2.

An Aktivitäten in mindestens einer der betreffenden Organisationen teilgenommen – Anteile in Tabelle 3.1.

Quelle: Flash Eurobarometer 408, 2015.

die ersten drei Gruppierungen). Am geringsten ist die Teilnahme an Organisationsaktivitäten bei den beiden Ländern der vorletzten EU-Mitgliedschaft, Rumänien und Bulgarien, mit fast 80 Prozent Nichtteilnahme. Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf die stärkeren zivilgesellschaftlichen, vereinensorientierten Traditionen in den Staaten der nördlichen und mitteleuropäischen Regionen gegenüber den südlichen und östlichen Staaten Europas hin.

Die Beteiligung an Aktivitäten ist in Tabelle 3.1 für alle europäischen Länder aufgeführt. Dabei wurde eine Unterscheidung zwischen sozialen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen (die ersten drei oben aufgeführten Antwortkategorien) und politischen Organisationen (die anderen fünf Antwortkategorien) gemacht. Generell gilt, dass die am häufigsten angegebene Organisation der Sportverein ist und damit die Kategorie der zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich bestimmt. Die Antworthäufigkeiten sind bei den politischen Organisationen insgesamt deutlich geringer. In der Tabelle zeigt sich dies darin, dass die Werte für die zivilgesellschaftlichen Organisationen stets höher sind, manchmal sogar deutlich höher.

Interessant ist die Betrachtung der Relationen der Werte zum Engagement in nichtpolitischen im Vergleich zu politischen Organisationen. In den westmitteleuropäischen Staaten, bei denen ja generell die höchsten Teilnahmequoten zu finden sind, sind die entsprechenden Anteile bei den politischen Organisationen relativ gering; bis auf Österreich sind die Anteile weniger als halb so groß als bei den zivilgesellschaftlichen. Es dominieren also letztere Organisationen bei den Aktivitäten der jungen Menschen deutlich. In den nordeuropäischen Staaten wie auch den Inselstaaten Vereinigtes Königreich und Irland ist das anders. Die Anteile der in nichtpolitischen Organisationen Aktiven sind dabei ähnlich hoch wie bei den westmitteleuropäischen Staaten, jedoch sind die Anteile der Aktiven in politischen Organisationen klar höher. In Dänemark und Irland etwa ist das Verhältnis von politischen zu nichtpolitischen Aktivitätsanteilen fast 3 zu 4. Dies deutet darauf hin, dass in diesen Ländern die politischen Organisationen im Vergleich zu den zivilgesellschaftlichen eine größere Rolle spielen, als es etwa in den mitteleuropäischen Ländern, auch Deutschland und vor allem Frankreich, der Fall ist. In den südlichen und östlichen Ländern ist das Niveau des Organisationsengagements zu meist geringer, insbesondere bei politischen Organisationen, wie anhand der Grafik 3.2 bereits gezeigt wurde. Insgesamt scheinen sich somit Traditionen von zivilgesellschaftlichen sozialen Integrationsinstitutionen in den Staatengruppen niederzuschlagen.

3.3 BETEILIGUNG AN WAHLEN

Ein Überblick zur Beteiligung an Wahlen in der EU ist nicht einfach. Am klarsten wären Daten, die zu einer bestimmten Wahl die Wahlbeteiligung der entsprechenden Altersgruppen, hier die 15- bis 30-Jährigen, sofern sie wahlberechtigt sind, ausweisen würden. Das ist z. B. in Deutschland die Repräsentative Wahlstatistik. In den Eurobarometer-Umfragen sind es Fragen zur Wahlbeteiligung, innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens und auf bestimmten Ebenen.

Hier soll eine Übersicht über die Wahlbeteiligung an der letzten Europawahl gegeben werden, anhand der Umfrage des Flash Eurobarometers 408 aus dem Jahr 2015. Die Europawahl fand 2014 statt.

In der Grafik 3.3 ist die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl dargestellt. Insgesamt lassen sich eher wenig klare Differenzen feststellen, innerhalb der Ländergruppen variieren die Beteiligungen nicht unerheblich. In Schweden und Belgien (einem Land mit einer Wahlpflicht) wurden, gemessen anhand der Frage im Flash Eurobarometer, sehr hohe Wahlbeteiligungen angegeben, die geringsten finden sich im Vereinigten Königreich. In den östlichen europäischen Ländern sind die Wahlbeteiligungen besonders unterschiedlich, von unter 20 Prozent in Slowenien bis zu etwa 40 Prozent in Lettland oder Bulgarien.

Um Hinweise für Motive zur Wahlteilnahme oder aber Wahlabstinz zu gewinnen, sollen an dieser Stelle zwei Fragen aus einer früheren Eurobarometerstudie zu jungen Menschen aufgeführt werden. In der Flash Eurobarometerstudie 375 von 2013 sind zwei solche Fragen enthalten, die Motive zur Beteiligung an der kommenden Europawahl enthalten, sowie Gründe, nicht an der Wahl teilzunehmen (vgl. Grafiken 3.4 und 3.5).

Der Hauptgrund, sich zu beteiligen, ist die Überzeugung, dass die Demokratie wichtig ist, womit wohl ein Kern von Demokratie gemeint ist: die Wahl des politischen Personals durch das Volk. Auch Europa und Europawahlen werden als wichtig erachtet; die überwiegende Mehrheit auf dieser generellen Fragenebene betrachtet Wahlen als das richtige Mittel, um politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Als häufige Gründe für eine mögliche Wahlabstinz wird hingegen angeführt, dass die eigene Stimme keinen Einfluss habe, die Einschätzung, für eine vernünftige Wahlentscheidung nicht ausreichend informiert zu sein, sowie die Befürchtung, dass sich die Gewählten doch nicht um die Probleme der Wählenden kümmern würden.

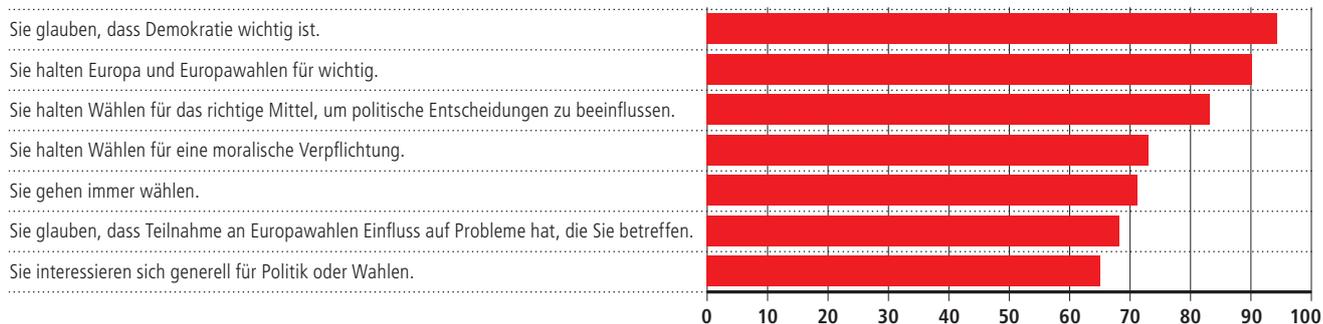
Grafik 3.3
Wahlbeteiligung innerhalb der letzten 3 Jahre vor der Befragung – Europawahlen, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)



Frage: »Haben Sie innerhalb der letzten 3 Jahre bei irgendeiner politischen Wahl auf lokaler, regionaler, nationaler oder EU-Ebene gewählt? Wenn Sie zu dieser Zeit nicht wahlberechtigt waren, so sagen Sie dies bitte.«
 »Ja, auf EU-Ebene«, Prozentanteile in der Grafik.

Quelle: Flash Eurobarometer 408, 2015.

Grafik 3.4
Motive zur Beteiligung an der Europawahl, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)



Frage: »Wenn Sie bei der Europawahl 2014 mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen gehen, wird das daran liegen, dass ...«
 Vorgaben »ja«, »nein«; Prozentanteile »ja«.

Quelle: Flash Eurobarometer 375, 2013.

Grafik 3.5
Motive, sich nicht an der Europawahl zu beteiligen, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)



Frage: »Wenn Sie bei der Europawahl 2014 mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht wählen gehen, wird das daran liegen, dass ...«
 Vorgaben »ja«, »nein«; Prozentanteile »ja«.

Quelle: Flash Eurobarometer 375, 2013.

3.4 POLITISCHE PARTIZIPATION

Neben der Beteiligung an Wahlen als die Basisform politischen Engagements in Demokratien werden mittlerweile eine Vielzahl an Möglichkeiten genutzt, um sich politisch zu artikulieren und Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen. Gerade junge Menschen orientieren sich dabei an Formen, die als unkonventionell zu bezeichnen sich in der Partizipationsforschung durchgesetzt hat. Im European Social Survey von 2012 sind einige dieser Formen erfragt worden – die differenzierte Vielzahl an Formen, wie sie in der FES-Jugendstudie 2015 enthalten sind, ist in europaweiten Umfragen allerdings nicht zu finden. Im Folgenden werden also einige zentrale Partizipationsformen im europäischen Vergleich betrachtet, wobei im ESS 2012 jedoch einige EU-Staaten nicht beteiligt waren. Die Daten sind in der Tabelle 3.2 aufgeführt.

Aufgeführt sind hier Formen, die in der Partizipationsforschung zu unterschiedlichen Komplexen gezählt werden. Die Handlungsmöglichkeit »Kontakt zu einem Politiker aufgenommen« zählt zu den konventionellen Partizipationsformen,

deren Zielsetzung politische Einflussnahme im Bereich Regierungshandeln, Politik im engeren Sinne und staatliche Institutionen sind. Kontaktaufnahme ist dabei dem Feld der politischen Kommunikation zuzurechnen. Die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung wird üblicherweise zu den unkonventionellen Formen gezählt, wobei es sich hierbei um eine Aktivität handelt, die mit geringem zeitlichen und sozialen Aufwand durchgeführt werden kann. Dies ist bei der zentralen Form unkonventioneller Partizipation, der »Teilnahme an einer genehmigten öffentlichen Demonstration«, anders, die bei jungen Menschen eine erhöhte Beliebtheit hat. Schließlich ist die Handlungsform »bestimmte Produkte boykottieren« eine, die erst in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Auch sie zählt zu den Aktivitäten mit geringem Ressourcenaufwand (*low cost*), die zudem den Bereich politischer Aktionsformen ausweitete, wobei die motivationale Begründung – Produkte aus politischen Gründen nicht zu kaufen – das entscheidende Merkmal ist und weniger die direkte politische Einflussnahme als Ziel hat.

Tabelle 3.2
Politische Partizipation in Europa, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)

	... Kontakt zu einem Politiker ... aufgenommen?	... sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?	... an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?	... bestimmte Produkte boykottiert?
NORDEUROPA				
Dänemark	8	31	8	20
Finnland	11	29	4	39
Schweden	9	38	9	35
WESTEUROPA				
Irland	17	30	16	10
Vereinigtes Königreich	7	25	4	9
WESTMITTELEUROPA				
Österreich				
Belgien	14	22	6	9
Deutschland	9	31	15	28
Frankreich	4	23	13	18
Luxemburg				
Niederlande	8	22	6	8
SÜDEUROPA				
Zypern	7	9	6	10
Griechenland				
Spanien	9	31	35	15
Italien	8	27	24	7
Malta				
Portugal	6	11	8	4
OSTEUROPA				
Bulgarien	3	7	7	4
Tschechische Republik	4	15	6	10
Estland	9	9	6	6
Ungarn	2	3	4	3
Litauen	2	5	2	2
Lettland				
Polen	6	13	4	7
Rumänien				
Slowenien	6	10	4	5
Slowakei	5	20	4	6
Kroatien				

Frage: »Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ...«
 »... Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?«
 »... sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?«
 »... an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?«
 »... bestimmte Produkte boykottiert?«
 Vorgaben: »ja«, »nein«, Prozentanteile »ja« in der Tabelle.

Quelle: European Social Survey, Rd. 6, 2012.

Zunächst ist festzustellen, dass die Beteiligung im konventionellen Sinne – Kontakt zu einem Politiker aufnehmen – insgesamt am geringsten ist – nur in wenigen Ländern liegt sie über 10 Prozent, in den meisten Ländern der osteuropäischen Gruppe nicht höher als 6 Prozent. Dem entspricht etwa, dass auch die Beteiligung an einer politischen Organisation oder einer Partei in den meisten europäischen Staaten in der betrachteten Altersgruppe nur sehr gering ist (vgl. Flash Eurobarometer 408: 9).

Deutlich größer ist die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, die jedoch zu den Beteiligungsformen gehört, die nur ein geringes Engagement erfordern. Dennoch variieren die Werte zwischen den Staatengruppen wie auch teilweise innerhalb derselben. Ein hohes Niveau weisen die nordeuropäischen Länder auf, während bei den westmitteleuropäischen eher mittlere Beteiligungsquoten zu finden sind. Deutschland hat dabei mit 31 Prozent eine der höchsten Werte. In Südeuropa liegen Spanien und Italien etwa auf der Höhe der nordischen Staaten. Und ein deutlich geringeres Engagement findet man in den osteuropäischen Staaten, es liegt teilweise sogar unter 10 Prozent, was in dieser geringen Höhe ansonsten nicht festzustellen ist.

Bei der Beteiligung an einer genehmigten öffentlichen Demonstration ist die Verteilung über die Gruppierung der europäischen Länder nicht ganz so klar zu sehen. Es dominieren insgesamt Spanien und Italien mit 35 bzw. 24 Prozent, diese Werte liegen weit über den meisten anderen. In der Mitte liegen Deutschland und Frankreich, wobei die anderen Länder dieser westmitteleuropäischen Gruppe klar geringere Engagementanteile aufweisen. Die nördliche Gruppe ist in dieser Beteiligungsform, anders als bei der Unterschriftensammlung (und auch dem Boykott von Produkten), nicht besonders stark vertreten. Die osteuropäischen Staaten wiederum weisen fast durchgängig geringe Beteiligungsanteile auf.

Schließlich findet man bei beim Boykott bestimmter Produkte, einer zentralen Form der Kategorie des politischen Konsums (der häufig mit dem bewussten Kauf von bestimmten Produkten aus politischen, ethischen oder Umweltgründen verknüpft wird, so auch in der FES-Jugendstudie 2015), wieder stärker länderspezifische Unterschiede. In den nördlichen Europastaaten ist diese Form am stärksten verbreitet, in den westmitteleuropäischen Staaten ist dies insbesondere bei Deutschland (mit 28 Prozent) und etwas geringer bei Frankreich der Fall, weniger hingegen bei den Beneluxländern Belgien und den Niederlanden. Wiederum findet man in den östlichen Ländern nur geringe Anteile von Jugendlichen, die diese Art der politischen Äußerung praktizieren. Hier sind ebenso in den südeuropäischen Staaten, auch in Spanien und Italien, eher geringe bis mittlere Werte zu finden.

Insgesamt lässt sich nicht ohne Weiteres ein einheitliches Bild politischen Engagements im Hinblick auf die gewählten Partizipationsformen zeichnen. Klar wird am ehesten, dass die relativ neuen EU-Länder Ostmitteleuropas im Vergleich zu den anderen insgesamt tendenziell eher geringere Beteiligungs-niveaus aufweisen. In Südeuropa hingegen sind oft Spanien und Italien mit deutlich hohen Beteiligungsquoten zu finden.

3.5 VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN

Das Vertrauen der Bürger-innen in öffentliche Institutionen und Organisationen kann als ein Maß für die Unterstützung angesehen werden, welche dem politischen wie gesellschaftlichen System entgegengebracht wird (vgl. Gaiser et al. 2012). Im ESS 2012 war die Frage nach dem Vertrauen »in öffentliche Einrichtungen oder Personengruppen« mit einer Reihe von Vorgaben verknüpft. In Tabelle 3.3 sind in einem Überblick einige zentrale Vorgaben enthalten. Als politische Institutionen wurden hier länderspezifische Parlamente, Parteien und Politiker zusammengefasst, als rechtsstaatliche Institutionen das Rechtssystem, die Justiz und die Polizei. Getrennt davon wurde das Vertrauen in das Europäische Parlament und die Vereinten Nationen aufgeführt.

Generell gilt: Das Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen ist stets größer als das in politische Institutionen. Das EU-Parlament genießt zumeist ein größeres Vertrauen als die politischen Institutionen der jeweiligen Länder. Der UNO wird etwas mehr Vertrauen entgegengebracht als der EU.

Bei der Betrachtung der Gruppen der EU-Staaten zeigt sich: Die Länder Nordeuropas haben die höchsten Vertrauenswerte für rechtsstaatliche Institutionen (das gilt auch für das EU-Parlament), und sogar ebenso, wenn auch auf niedrigerem Niveau, für politische Institutionen. Hier scheint insgesamt ein eher ungebrochenes Verhältnis zu Politik, den Gerichten und der Polizei als den rechtsstaatlichen Institutionen vorzuliegen.

Die Staaten Westmitteleuropas liegen bei fast allen betrachteten Institutionen im mittleren Vertrauensbereich. Auffallend ist das geringe Vertrauen in politische Institutionen in Frankreich. In den Staaten Südeuropas findet man das geringste Institutionenvertrauen hinsichtlich der Politik, v. a. in Spanien, Italien und Portugal, und sogar auch ein relativ geringes in die rechtsstaatlichen Institutionen. Eine Art generelles Misstrauen in gesellschaftliche Institutionen und eine Tradition der Distanz zum politischen System geht vermutlich auch in die Bewertungen des EU-Parlaments und der UNO ein.

In Osteuropa findet man größere Variationen, aber in etlichen Ländern ebenfalls nur maximal 10 Prozent oder nur wenig mehr Anteile junger Menschen mit Vertrauen in politische Institutionen. Rechtsstaatliche Institutionen zeigen ein eher mittleres Vertrauensniveau, ähnlich wie in den Ländern Südeuropas.

Insgesamt sind also große Differenzen des Vertrauens in Institutionen zwischen den europäischen Staaten festzustellen: hohes Vertrauen in den Staaten Nordeuropas, geringes in Südeuropa und zu einem beträchtlichen Teil auch in osteuropäischen Staaten.

Tabelle 3.3
Vertrauen in Institutionen, 15- bis 30-Jährige
 (in Prozent)

	politische Institutionen	rechtsstaatliche Institutionen	EU-Parlament	UNO
NORDEUROPA				
Dänemark	64	91	66	80
Finnland	60	89	56	71
Schweden	57	76	47	74
WESTEUROPA				
Irland	20	64	40	57
Vereinigtes Königreich	35	72	36	60
WESTMITTELEUROPA				
Österreich				
Belgien	44	64	61	65
Deutschland	40	75	48	51
Frankreich	24	64	40	58
Luxemburg				
Niederlande	55	79	57	62
SÜDEUROPA				
Zypern	11	38	27	32
Griechenland				
Spanien	12	39	30	42
Italien	7	47	39	54
Malta				
Portugal	5	38	23	43
OSTEUROPA				
Bulgarien	6	13	41	43
Tschechische Republik	24	44	37	46
Estland	25	62	48	53
Ungarn	22	48	35	45
Litauen	11	43	43	47
Lettland				
Polen	8	38	30	45
Rumänien				
Slowenien	10	42	32	34
Slowakei	12	24	27	31
Kroatien				

Frage: »Bitte benutzen Sie Liste 5 und sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit ...«
 Bundestag, Parteien, Politikern (Mittelwert – politische Institutionen),
 Justiz, Polizei (Mittelwert – rechtsstaatliche Institutionen),
 Europäisches Parlament, Vereinte Nationen.
 Dichotomie: 0–5, über 5 bis 10, als Prozentanteil in der Grafik: Vertrauen.

Quelle: European Social Survey, Rd. 6, 2012.

4. ZUSAMMENFASSENDES, TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN

Ausblickend soll auf den Dritten Europäischen Jugendbericht aus dem Jahre 2015 Bezug genommen werden, weil hierin sowohl empirische Trends seit dem Jahre 2013 skizziert werden als auch jugendpolitische Herausforderungen zu finden sind, zu denen die beteiligten politischen Akteure gemeinsame Perspektiven formuliert haben (vgl. Dritter Europäischer Jugendbericht 2015, vgl. auch die 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung »EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?«, 2016).

Bezogen auf die 90 Millionen 15- bis 29-Jährigen wird als positiv konstatiert: Es wuchs die Rate der jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen von 34 Prozent auf 38 Prozent, 50 Prozent sind Mitglied in einer Organisation und 25 Prozent leisten freiwillige Arbeit.

Für Teilgruppen haben sich aber die Auswirkungen der ökonomischen Krise verschärft. Junge Menschen mit Migrationshintergrund, mit geringer Bildung oder gesundheitlichen Problemen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der 13,7 Millionen NEETs (weder in Arbeit noch in Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen) zu gehören. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind fast doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen als andere junge Menschen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale und politische Leben, da diese Jugendlichen es auch schwierig finden, ihren politischen Willen zu artikulieren. Und je weniger sie gebildet sind, desto weniger gehen sie wählen oder beteiligen sich an Freiwilligen- oder Kulturaktivitäten. Problematisiert wird die weitere Öffnung der Schere zwischen jungen Menschen, die studieren, relativ sicher sind, einen Job zu finden und sich im sozialen, politischen oder kulturellen Leben engagieren, und denjenigen, die weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz und ein geregeltes Einkommen haben und sich geringer zivilgesellschaftlich und politisch beteiligen.

EU-Rat und EU-Kommission sehen in den Analysen und Problemdiagnosen folgende Herausforderungen: Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Beteiligung aller jungen Menschen an sozialen und politischen Aktivitäten zu sichern, die unter anderem die Etablierung von neuen Formen der Offline- und Online-Partizipation bei der politischen Entscheidungsfindung mit einbeziehen. Als Strukturelement geht es darum, die Kapazitäten der Jugendarbeit zu stärken, die als Foren der Interessenartikulation und als Integrationskräfte wirken können. Betont wird, dass es eine »ultimative, dringende Notwendigkeit« gibt, alle Bemühungen in diese Richtungen zu verstärken, und dass hierzu europäische, nationale, regionale und lokale Ressourcen in einen Prozess der Koproduktion von Sozialkapital zu bringen sind.

Als Folgerung zur Stärkung politischen Engagements junger Menschen kann abschließend festgehalten werden: Es bedarf auf der gesellschaftlichen Ebene einer demokratischen politischen Kultur, einer institutionalisierten Partizipation auf der Ebene der Organisationen, und auf der subjektiven Ebene biographischer Erfahrungen durch Anerkennung und Selbstwirksamkeit bei den Individuen selbst. Für Akteure und Mitwirkende auf jeder dieser Ebenen ist es eine Herausforderung, Beteiligungsdefizite zu reflektieren sowie Chancen und Partizipation zu fördern.

Literatur

- Bundesagentur für Arbeit** (2016): Arbeitsmarktstatistik im europäischen Vergleich, Nürnberg.
- Datenreport 2016**: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Bonn.
- de Rijke, Johann** (2009): Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues, in: Hanna Kaspar, Harald Schoen, Siegfried Schumann & Jürgen R. Winkler (Hrsg.): *Politik – Wissenschaft – Medien: Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden, S. 221–237.
- Dritter Europäischer Jugendbericht 2015**: <http://ec.europa.eu/youth/news/2015/0915-eu-youth-report-2015-en.htm>.
- Eurobarometer 84** (2015): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Befragung: November 2015; <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion>.
- European Youth in 2014**: Flash Eurobarometer of the European Parliament EP EB395. European Youth in 2014, Analytical Synthesis. Brüssel, 28. April 2014.
- Ferrin, Mónica/Kriesi, Hanspeter** (2014): Europeans' Understandings and Evaluations of Democracy: Topline Results from Round 6 of the European Social Survey. ESS Topline Results (4).
- Flash Eurobarometer 375** (2013): European Youth: Participation in Democratic Life. European Commission.
- Flash Eurobarometer 408** (2015): European Youth Report. European Commission.
- Friedrich-Ebert-Stiftung** (2016): EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger? Eine repräsentative 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, durchgeführt von policy matters, Berlin.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin** (2008): Politische und soziale Partizipation, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden, S. 268–298.
- Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin** (Hg.) (2016): *Jung-Politisch-Aktiv?!*. Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen, Bonn.
- Gaiser, Wolfgang et al.** (2012): Jugend und Demokratie, in: Tobias Mörschel/Christian Krell (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*. Wiesbaden, S. 319–339.
- Kohl, Jürgen** (2013): Hohe Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates trotz kritischer Leistungsbewertung. Informationsdienst Soziale Indikatoren ISI 50, S. 1–7.
- Putnam, Robert D. et al.** (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.
- Scheuer, Angelika** (2016): Lebensqualität und Identität in der Europäischen Union, in: Datenreport 2016, hrsg. v. Statistischem Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Bonn, S. 453–460.
- Wieck, Markus/Baethge, Martin** (2015): Duales Ausbildungssystem. Rezept gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa? *DJI Impulse 2/2015*, S. 35–39.

Daten

- European Social Survey Round 6 Data** (2012). Data file edition 1.0. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data. Fallzahlen der 15- bis 30-Jährigen, nur EU-Länder (21): 7972, je Land von ca. 230 bis ca. 550, ein Land 628. Designgewicht wurde verwendet.
- Anmerkung**: Mittlerweile ist der Datensatz des European Social Survey Round 7 von 2014 in der 2. Version zugänglich. Allerdings fehlen hierbei eine Reihe von Ländern, vor allem in Süd- und Osteuropa, gegenüber dem Survey von 2012. Daher wurde in diesem Beitrag auf den Survey von 2012 zurückgegriffen. Die Aussagen im Text sind im Übrigen, bezogen auf die Daten im Survey von 2014, kompatibel.
- European Commission**: Flash Eurobarometer 408: European Youth, December 2014. TNS Political & Social [Producer]; GESIS Data Archive: ZA5968, dataset version 1.0.0. (2015), doi:10.4232/1.12330. Fallzahlen 13454, je Land ca. 500, kleinere Länder ca. 300.
- European Commission**: Flash Eurobarometer 375: European Youth: Participation in Democratic Life. April 2013. TNS Political & Social [Producer]; GESIS Data Archive: ZA5893, dataset version 1.0.0. (2014), doi:10.4232/1.11930. Fallzahlen 13427, je Land ca. 500, kleinere Länder ca. 300.
- FES-Jugendstudie 2015**: Die Jugendstudie »Jung-Politisch-Aktiv?!«, wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiert und in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (München) und infas (Bonn) durchgeführt. Hierfür wurden zwischen Mai und Juli im Jahr 2015 2.075 junge Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren mittels eines Online-Fragebogens zu ihren Politikbezügen und Handlungsbereitschaften sowie sozialer und politischer Beteiligung um Stellungnahme gebeten. Zusätzlich zu dieser quantitativen Befragung wurden 20 leitfadengestützte qualitative Interviews mit hoch engagierten jungen Menschen durchgeführt (vgl. Gaiser/Hanke/Ott 2016).

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Internationale Politikanalyse

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt: info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-539-7

Titelmotiv: © shutterstock, Maksim Shmeljov

just in print

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.druckerei-brandt.de

August 2016

